



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Zum Kantonsreferendum „Steuerpaket 2001“

Die Kantone sind referendumsfähig

Canisius Braun, Sekretär der Konferenz der Kantonsregierungen

Zuerst wurde gezweifelt, ob sich die Kantonsregierungen überhaupt durchringen würden, die Arbeiten zu einem Kantonsreferendum an die Hand zu nehmen. Danach wurde gezweifelt, ob die Kantone ein Quorum von acht Ständen für ein Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2001 zu Stande bringen würden. Jetzt werden ebenso selbstverständlich Zweifel aufkommen, ob das Steuerpaket 2001 in einer nun erforderlichen Volksabstimmung bestehen wird. Eines ist gewiss: der Souverän hat das letzte Wort und das steht aus Sicht der Kantone im Vordergrund!

Fakt dieser erstmaligen Polit-Geschichte ist, dass sich eine klare Mehrheit der Kantonsregierungen entschlossen hat, die Auswirkungen des Steuerpaketes auf die kantonalen Finanzhaushalte nicht einfach zu akzeptieren. Darüber hinaus haben die Kantone deutlich gemacht, dass die Festsetzung steuerlicher Tarife nach wie vor in ihrer eigenen Souveränität liegt und keine Sache des Bundesparlaments ist. Die für ein Quorum erforderliche Anzahl von mindestens 8 Kantonsparlamenten ist ihren Regierungen in dieser Beurteilung gefolgt. Erstmals in der Geschichte des seit 1874 in der Verfassung verankerten Instituts „Kantonsreferendum“ haben die Kantone in gegenseitiger Absprache ein solches ergriffen und erfolgreich durchgesetzt. Über die Tatsache hinaus, dass der Souverän sich mit dem Steuerpaket 2001 wird befassen dürfen, hat dieses Referendum weiter reichende Auswirkungen, welche es wert sind, auch beleuchtet zu werden:

Im Vordergrund steht ganz bestimmt für alle Akteure in der schweizerischen Politik die Erkenntnis, dass sich die Kantone als referendumsfähig erwiesen haben. Dass in den zurückliegenden nahezu 130 Jahren nie ein Kantonsreferendum eingereicht werden musste, liegt möglicherweise daran, dass es aus Sicht der Kantone nie nötig war, weil sie sich ihren Interessen entsprechend in die Vorbereitungen der Entscheide auf bundespolitischer Ebene einbringen konnten.

Wenn man jedoch – wie böse Zungen gerne behaupten - davon ausgeht, dass auf bundespolitischer Ebene nur ernst genommen wird, wer referendumsfähig ist, dann bildet dieses Kantonsreferendum (nebst dem historischen Wert) einen bemerkenswerten Meilenstein für die Kantone in der Wahrnehmung derselben in Bundesbern.

Es wird auch die Frage aufgeworfen, ob dieses Referendum nicht das Verhältnis des Bundes zu den Kantonen belastet. Die Kantone hätten mit ihrem Referendum die Bundesparlamentarier, insbesondere die Standesvertreter in der kleinen Kammer vor

den Kopf gestossen. Wer in der Politik erfolgreich agieren will, weiss, dass solche Ressentiments zwar nahe liegend scheinen, den Tatsachen aber nicht entsprechen dürfen. Das wissen auch die Mitglieder des Ständerates. Die Kantone sind und bleiben Partner des Bundes in allen Fragen, welche die Kantone auf bundespolitischer Ebene direkt betreffen. Zudem ist ein Referendum alltägliches Instrument der Politik, rein auf die Sache ausgerichtet .

Die Kantone haben in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen in der interkantonalen Zusammenarbeit unternommen. Die Gründung der Konferenz der Kantonsregierungen vor zehn Jahren hat die Kantone mit einem Organ ausgestattet, welches sicherstellen kann, dass die Bundespolitik aktiv durch die Kantone begleitet wird. Gleichzeitig hat die KdK bei den Regierungen der Kantone auch die Erkenntnis wachsen lassen, dass in der politischen Meinungs- und Willensbildung eine Koordination unter den Kantonen nicht nur inhaltlich Sinn macht, sondern auch für die Gewichtung einer Haltung wichtig ist. Die Zusammenarbeit macht die Kantone stark.

Das Wissen der Kantonsregierungen um diese Kooperationsmöglichkeit war mit einer Voraussetzung für die Ergreifung des Kantonsreferendums: die gleichlautende Haltung in der Sache und das gemeinsame Vorgehen konnten in diesem Rahmen vereinbart werden. Die Zusammenarbeit der Kantonsregierungen wird unter diesem Eindruck und mit den neu gewonnenen Erkenntnissen aus dem Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket noch an Qualität gewinnen – und damit ist auf jeden Fall schon sehr viel erreicht.